SPD Sozialdemokratischer pressedienst

P/XXXI/154
13. August 1976

Albrechts Planung ist schon Altpapier

Niedersachsens CDU-Regierung kollidiert mit der Wirklichkeit

Seite 1 / 45 Zeilen

"Diese Aktion hat einige gute Seiten!"

Adenauers Haltung zur Mauer: Erinnerung für die CDU von heute

Seite 2 und 3 / 83 Zeilen

Künftig Fernheizung als Abfallprodukt?

Neuer Kernkraftwerk-Typ verspricht neue Perspektiven

Von Gerhard Flämig MdB
Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Energie und Forschung des Europäischen Parlaments

Seite 4 und 5 / 64 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Hausanschrift 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 409
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 39
Telex: 08 86 646-49 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108—112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Albrechts Planung ist schon Altpapier

Niedersachsens CDU-Regierung kollidiert mit der Wirklichkeit

Die Behauptung der CDU, daß Sozialdemokraten, wo immer sie regieren, die Staatsfinanzen zerrütten, ein Finanzchaos anrichten und hemmungslose Ausgabenwirtschaft betreiben, ist alt wie Sonthofen. Daß deshalb nur die CDU zu kommen braucht und schon würden die Staatsfinanzen saniert, hört man ebenso lange. Neu ist auch nicht, daß beides nicht stimmt. Neu ist, daß diese CDU-Thesen von einer CDU-Regierung lächerlich gemacht werden. Das ist dem CDU-Ministerpräsidenten Dr. Ernst Albrecht von Hannover zu verdanken.

Es gibt Leute, die können alles glauben, was sie wollen; das sind, sagt Lichtenberg, glückliche Geschöpfe. Dr. Albrecht ist so eines. Daß die Sozialdemokraten die niedersächsischen Finanzen zerrüttet haben und nun er dazu bestimmt sei, sie in Ordnung zu bringen, glaubte er nicht nur. Er machte eine ganze Regierungserklärung daraus und fabrizierte auch eine Mittelfristige Planung, die dazu führen sollte, daß alles besser wird.

Zunächst freilich sollte alles noch etwas schlechter werden. Albrecht wollte

- unter Verzicht auf Mittel des Bundes keine neue Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz in Niedersachsen mehr ergreifen;

- die für Niedersachsen besonders wichtige Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" derart kürzen, daß Komplementärmittel des Bundes verlorengehen mußten;

- den kommunalen Finanzausgleich rigoros zusammenstreichen;

- den Hochschulausbau reduzieren und

- die Unterstützung mittelständischer Beratungsorganisationen einstellen.

Das war im Frühjahr. Jetzt im Sommer stimmt das schon alles nicht mehr:

- Nun sollen doch Mittel für Stadtsanierung und Modernisierung bereitgestellt werden, jedenfalls hat das CDU-Kabinett des Dr. Albrecht den Sozialminister verpflichtet, "sich darum zu bemühen, im Etat des nächsten Jahres durch Kürzungen an anderer Stelle Mittel freizumachen".

- Nun sollen doch zusätzliche Mittel auch im Agrarbereich ausgegeben werden, um zumindest die Bundesmittel zu bekommen.

- Die Sorgen seiner kommunalen Gesprächspartner vertrieb Dr. Albrecht mit dem Versprechen, die Finanzausgleichsmasse zu erhöhen, so daß Gemeinden und Kreise mit höheren allgemeinen Zulagen rechnen können.

- Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln heißt das Signal auch beim Hochschulausbau: "Einen Stop wird es in Niedersachsen auch in den kommenden Jahren nicht geben", so Kultus- und Wissenschaftsminister Remmers.

- Und bei einer Unterhaltung von Dr. Albrecht und seines Finanzministers Leisler-Kiep mit Vertretern des niedersächsischen Handwerks war man sich "einig in der Überlegung, die Bezuschussung für die Institutionen des Handwerks aufrechtzuerhalten".

Schlußfolgerung 1: Die Regierung Albrecht arbeitet für den Mülleimer; ihre mittelfristige Planung ist Altpapier.

Schlußfolgerung 2: Aus dem CDU-Propagandaballon des Ministerpräsidenten Dr. Albrecht - Aufschrift: Sanierung der Staatsfinanzen - ist die Luft raus.

Rolf M. Miesner
(-/13.8.1976/ve/e)

\+ + +

- 2 -

"Diese Aktion hat einige gute Seiten!"

Adenauers Haltung zur Mauer: Erinnerung für die CDU von heute

Für die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland wäre gewiß einiges gewonnen, wenn Lebensfragen der Nation aus dem Wahlkampf herausgehalten würden. Aktuell heißt das: Ereignisse wie die Todesschüsse an der DDR-Grenze, die jeden human empfindenden Bürger mit Abscheu erfüllen, dürfen nicht in einer Art politischer Leichenfledderei dem parteipolitischen Gegner zur Last gelegt werden, wie dies beispielsweise der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Werner Marx in diesen Tagen zum wiederholten Male suggestiv und mit triumphierendem Unterton("Nun sind im Kugelhagel der schießwütigen Soldaten-Terroristen die letzten so lange regierungsamtlich gepflegten Illusionen zerstoben") und der deutschlandpolitische Fraktions-Sprecher Prof. Dr. Manfred Abelein ausdrücklich getan haben.

Der CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf greift in dieser Situation zu einem anderen Mittel, nämlich der protokollarischen Ohrfeige. So, wie seinerzeit CDU-Ministerpräsident Alfons Goppel den zum Antrittsbesuch bei der bayerischen Staatsregierung angemeldeten Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, Dr. Michael Kohl, wegen der Zwangsadoptionen in der DDR wieder auslud, sagte Biedenkopf eine Begegnung mit Dr. Kohl mit der Begründung ab, daß es für einen solchen Meinungsaustausch so lange keine Grundlage gebe, bis die DDR bereit sei, "auf ihre unmenschlichen Praktiken zu verzichten" - als ob auch nur einem Menschen, hüben oder drüben in Deutschland, geholfen wäre, wenn man die DDR ignoriert, und als ob Prof. Biedenkopf nicht genau wüßte, daß das Interesse der Menschen ihm einen solchen Schritt verbieten würde, wenn er die Last der Regierungsverantwortung zu tragen hätte!

Was den moralischen Aspekt, berechtigte Empörung und daraus etwa direkt abzuleitendes politisches Handeln angeht, so darf die heutige Opposition im Adenauer-Jahr 1976 daran erinnert werden, welch eiskalte Staatsraison der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland nach der Abriegelung Ost-Berlins im Jahr 1961 geübt hatte. Vier Tage danach, am 17. August 1961, wurde im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung über ein Treffen Adenauers mit dem damaligen Sowjetbotschafter in Bonn, A. Smirnow, ein Kommuniqué veröffentlicht, worin es hieß: "Der Bundeskanzler versicherte, daß er alles vom Botschafter Vorgetragene sorgfältig prüfen wird, und wies seinerseits darauf hin, daß die Bundesregierung keine Schritte unternimmt, welche die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UDSSR erschweren und die internationale Lage verschlechtern. Der Bundeskanzler nahm die Gelegenheit wahr, um Botschafter Smirnow seine Auffassung über die Lage in Berlin darzulegen". Kein Wort des Protests oder der Empörung!

Adenauer ging noch weiter. Er rechtfertigte sein "mehr als einstündiges Gespräch" mit Smirnow am 18. August 1961 auf einer Wahlkundgebung in Essen (Quelle: K. Adenauers, Reden 1917 - 1967. Eine Auswahl, hersg. von H.-P. Schwarz, Stuttgart 1975, S. 427 f.) mit folgenden Worten:

"Es mag etwas auffällig gewesen sein, daß ich gerade einige Tage, nachdem das in Berlin passiert ist, eine solche Unterredung gehabt habe. Aber meine Damen und Herren, ich habe die Frage Berlin natürlich bei ihm

zur Sprache gebracht; er hat mehr über die allgemeine Weltlage gesprochen. Das Gespräch verlief ohne jede Schärfe, und ich glaube, es war richtig von mir, daß ich seiner Bitte um ein Gespräch nachgekommen bin, auch zu diesem Zeitpunkt (Starker Beifall). Meine Damen und Herren, ich bin - und mit mir sind es wohl alle diejenigen, die die Dinge näher kennen - eigentlich doch sehr berührt dadurch, daß die Sowjetunion, die ja die führende Macht des Ostblocks ist, diese Aktion durch Ulbricht hat starten lassen. Aber diese Aktion - auch das muß man einmal aussprechen, darüber muß man mal nachdenken - hat einige gute Seiten (sic!). Sie hat gezeigt, und hat der ganzen Welt gezeigt, daß wir nicht die Militaristen sind, wie immer behauptet wird, sondern daß die Kommunisten in der Sowjetzone die Militaristen sind (Starker Beifall)."

Das sagte der Chef einer Regierung, die den "Brüdern und Schwestern in der Zone" immmer wieder geraten hatte, auszuharren, denn der Tag der Einheit werde kommen; man denke an Adenauers Worte auf dem 1. Bundesparteitag der CDU am 20. Oktober 1950 in Goslar: "Harret aus und hofft auf uns! Wir werden wieder zusammenkommen" (a. a. O., S. 191) oder an seinen beim Begräbnis der Opfer des 17. Juni 1953 abgelegten Schwur "für das gesamte deutsche Volk" (Bulletin, Nr. 116/1953): "Das ganze deutsche Volk hinter dem Eisernen Vorhang ruft uns zu, seiner nicht zu vergessen, und wir schwören ihm in dieser feierlichen Stunde: Wir werden seiner nicht vergessen. Wir werden nicht ruhen, und wir werden nicht rasten - diesen Schwur lege ich ab für das gesamte deutsche Volk-, bis auch sie wieder Freiheit haben, bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit.

Derselbe Adenauer sah in der "Aktion", die allen Hoffnungen auf Wiedervereinigung buchstäblich ein Riegel vorschob, "einige guten Seiten". Man könnte über solche Unbegreiflichkeit den Mantel des Vergessens breiten, wenn die heutige Opposition, jedenfalls Protagonisten aus ihren Reihen wie Marx und Abelein, nicht den Eindruck zu erwecken versuchten, daß die sozialliberale Bundesregierung an den schlimmen Zwischenfällen an Mauer und Stacheldraht mitschuldig sei. Freilich, die Opposition braucht solche Perfidie, um die Tatsache zu verdrängen, daß

1. deutschen Illusionen seit 1945 noch nie und nie wieder so grausam ein Ende bereitet wurde wie zur Zeit einer CDU/CSU-Bundesregierung am 13. August 1961, und daß

2. zwischen ihren heutigen großen Worten und den damaligen Taten ihres bedeutendsten Politikers ein Unterschied besteht, wie er größer kaum zu denken ist.

Anton Borghoff
(-/13.8.1976/mie/e)

\+ + +

Künftig Fernheizung als Abfallprodukt?

Neuer Kernkraftwerk-Typ verspricht neue Perspektiven

Von Gerhard Flämig MdB
Stellv. Vorsitzender des Ausschusses
für Energie und Forschung des Europäischen Parlaments

Zu den Forschungsprojekten des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, denen in Fachkreisen eine gute Chance auf Realisierung eingeräumt wird, gehörte bisher nur mit großen Einschränkungen das "Fernwärmenetz". Darunter versteht man ein weitverzweigtes Netz von Rohrleitungen, durch die jene Abwärme aus Kraftwerken aller Art an Haushalte und sonstige Wasserverbraucher herangeführt werden soll, die zur Zeit ungenutzt in die ohnehin zu warmen Flüsse geleitet oder in die Luft geblasen wird.

Die Kraftwerks-Kalkulatoren, die schon ganz gerne aus den riesigen Mengen aufgeheizten Kühlwassers eine Dauer-Einnahmequelle machen würden, konnten bisher allerdings auch beim sorgfältigsten Nachrechnen keine zumutbaren Angebote präsentieren. Da ist einmal die Tatsache, daß Rohre eines Fernwärmenetzes sehr gut isoliert sein müssen und deshalb recht kostspielig sind. Und da ist zum anderen der Umstand, daß Elektrizitätswerke nicht durchweg "Grundlast fahren", d. h. nicht Tag und Nacht gleichmäßig produzieren und kühlen. Gerade die vom Standort her recht interessanten Gas-, Kohle- und Öl-beheizten Kraftwerke werden auf "Mittellast" oder "Spitzenlast" geschaltet, d. h. sie sind nur stundenweise in Betrieb. Eine Wärmequelle für Endverbraucher muß aber gleichmäßig sprudeln.

Günstiger sähe die Sache aus, wenn es gelänge, die stets gleichbleibende Abwärme von Grundlast-Kraftwerken in unmittelbar benachbarte Wohn- und Industriegebiete zu leiten. Grundlast-Kraftwerke, d. h. Kraftwerke, die ständig Strom produzieren, sind aber - so sieht es auch das Energieprogramm der Bundesregierung - in Zukunft mehr und mehr die Kernkraftwerke. Allein diesen Gedanken im Zusammenhang mit Wärme-Versorgung auszusprechen, heißt schon, ganze Scharen von Umweltschützern auf den Plan zu rufen, denn - darüber war sich bis jetzt alle Welt einig -

- 5 -

- Kernkraftwerke gehören nicht in die Nähe bewohnter Gebiete.

Genau an diesem Punkt setzt indessen eine Studie an, die die deutsche Reaktorsicherheitskommission (RSK) vorgelegt hat. Bei dieser Studie handelt es sich um ein in jahrelangen Beratungen und Berechnungen erarbeitetes Sicherheitskonzept jenes Kernkraftwerkes, das von der BASF in Ludwigshafen am Rande ihres Werksgeländes geplant gewesen war. 1970 hatte der damalige Bundesminister für Wissenschaft und Bildung, Professor Leussink, von seinem Weisungsrecht gegenüber der Landesgenehmigungsbehörde Gebrauch gemacht und angeordnet, daß das Genehmigungsverfahren um zwei Jahre zurückzustellen sei. Mittlerweile sind sechs Jahre ins Land gegangen. Die Menschen sind umweltbewußter geworden. Die Amerikaner haben in dieser Zeit ihre Sicherheitsanforderungen für Kernkraftwerke wesentlich verschärft, und auch bei uns sind nicht nur die Zuständigkeiten für Sicherheitsfragen auf den Bundesminister des Innern übergegangen, sondern auch die Sicherheitsvorschriften für Kernkraftwerke strenger gefaßt worden.

Umso bemerkenswerter ist es, daß die Reaktorsicherheits-Kommission jetzt zu dem Ergebnis kommt, daß ein Kernkraftwerk, das für die Prozeßdampf- und Stromerzeugung der BASF dienen soll, durchaus am Rhein bei Ludwigshafen errichtet werden könnte. Deutsche Sicherheitsingenieure haben nämlich in aller Stille ein ihrer Ansicht nach auch in der Nähe von Wohn- und Industriegebieten zu errichtendes, besonders sicheres Kernkraftwerk entwickelt. Die Fachleute sind überzeugt davon, daß ein solcher Kernkraftwerks-Typ eine noch geringe Gefahr für die Umwelt darstellt, als die heute gebräuchlichen leichtwassergekühlten Kernkraftwerke.

Es ist noch nicht abzusehen, welche neuen Perspektiven ein wirklich "standortunabhängiges" Kernkraftwerk sowohl für die Städte- und Industrieplaner im Inland als auch für den deutschen Export darstellen würde. Die BASF hat ihrerseits ein Übriges getan und angekündigt, daß sie trotz aller Sicherheitsgarantien ihr Kernkraftwerk - falls es jetzt genehmigt werden sollte - fünf Kilometer vom Werk entfernt aufstellen würde, um die Gefahr äußerer Einwirkungen zusätzlich zu verringern.

Nun wird es darauf ankommen, was das zuständige Bundesministerium des Innern zu dem Ergebnis des RSK-Sicherheitskonzeptes für das beantragte BASF-Kernkraftwerk sagt. Kaum jemand zweifelt daran, daß bis zur Bundestagswahl keine Entscheidung ergehen wird, um nicht den Wahlkampf mit zusätzlichen Pro- und Contra-Argumenten über die friedliche Nutzung der Kernenergie aufzuheizen. Aber eines Tages nach der Wahl ist die Entscheidung fällig. Von ihr wird viel abhängen. (-/13.8.1976/mie/e)

\+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert